

## Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

# **Fortschreitender Demokratieverlust durch ökonomische Ungleichheit und steigende Anzahl an Nicht-Wahlberechtigten? Befunde aus der Wissenschaft**

20. Mai 2025

Die eben stattgefundenene Wahl zum Wiener Landtag und Gemeinderat hat einmal mehr eine besorgniserregende Entwicklung deutlich vor Augen geführt. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 2020 sank die Zahl der Wahlberechtigten bei der Wahl heuer um mehr als 23.000, während im selben Zeitraum die Bevölkerung Wiens um fast 100.000 Wiener:innen im Wahlalter (16+) deutlich gewachsen ist. Diese gegenläufige Entwicklung von wachsender Bevölkerung und schrumpfender Zahl an Wahlberechtigten kann österreichweit seit 2017 und in Wien bereits seit 2015 festgestellt werden. Durch diesen stetig wachsenden Anteil von Nicht-Wahlberechtigten (aktuell 20% österreichweit und 35% in Wien sowie einem prognostizierten weiteren Anstieg in den kommenden Jahren) sind Wahlen in Österreich nicht mehr repräsentativ, sondern stark sozial verzerrt; die politischen Kräfteverhältnisse geraten in Schieflage und die legitimatorische Basis der Demokratie erodiert.

Hervor sticht, dass dieser Ausschluss vom Wahlrecht über die Bevölkerung hinweg nicht gleich verteilt ist. In Wien betrifft er mit 60% allen voran Arbeiter:innen, auch österreichweit wird die politisch wirksamste Form der Mitbestimmung vor allem Berufsgruppen mit niedrigem Einkommen und geringer Anerkennung vorenthalten: 66% der Reinigungskräfte, 60% der Beschäftigten in Gastronomie und Tourismus oder auch 41% der Beschäftigten in der Nahrungsmittelherstellung sind nicht wahlberechtigt. Die Demokratie ist in Schieflage geraten; sie ist kein Abbild der Gesellschaft mehr, sondern ein stark verzerrtes Spiegelbild.

## Inputs:

[Gerd Valchars](#) (Universität Wien): "**Staatsbürgerschaft und Wahlrecht – Fortschreitender Demokratieverlust in Österreich**"

[Martina Zandonella](#) (FORESIGHT-Institut): „**Warum ökonomische Ungleichheit der Demokratie schadet**“

Moderation: Alexander Behr (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

### Abstracts der Inputs

*Gerd Valchars*

#### **Staatsbürgerschaft und Wahlrecht – Fortschreitender Demokratieverlust in Österreich**

Der Grund für die steigende Zahl der nicht Wahlberechtigten liegt in der engen Verknüpfung des Wahlrechts mit der Staatsbürgerschaft und dem stark ausschließenden österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht, dem restriktivsten Europas (Solano/Huddlestone 2022, Valchars/Bauböck 2021). Hürden beim Erwerb der Staatsbürgerschaft schlagen sich damit unmittelbar als Hürden beim Zugang zum Wahlrecht nieder.

Die Stimmabgabe bei staatlichen Wahlen ist die wichtigste Form der politischen Partizipation. Sie bietet den Menschen die Möglichkeit, politische Präferenzen zu artikulieren, auf die eigenen Anliegen und Interessen aufmerksam zu machen, an gemeinsamen Entscheidungen mitzuwirken, politisches Fehlverhalten zu sanktionieren und die Geschicke des Landes mitzugestalten (Rosenberger 2017: 484). Das allgemeine Wahlrecht erfüllt damit zentrale Funktionen für die Demokratie. Es verschafft den politischen Entscheidungen Legitimität und trägt dadurch wesentlich zu deren Akzeptanz bei. Die Teilnahme an Wahlen ermöglicht die Wahrung und Durchsetzung von Interessen und dient der Repräsentation und Selbstentfaltung.

Anhand des konkreten Wahlergebnisses der aktuellen Wien Wahl lässt sich die entstandene Problematik deutlich veranschaulichen: 35% der Wiener:innen im Wahlalter waren bei dieser Wahl nicht wahlberechtigt, weitere 24% Nichtwähler:innen – zusammen bilden sie die absolute Mehrheit. Nur eine Minderheit – knapp 40 Prozent der Wiener Bevölkerung über 16 Jahre – hat eine der kandidierenden Parteien gewählt. Mehr als doppelt so viele Menschen waren von der Wahl ausgeschlossen, wie Menschen die SPÖ gewählt haben; die zukünftigen Koalitionsparteien SPÖ und NEOS werden zusammen nur von knapp 20% gewählt worden sein (siehe Abb. 1).

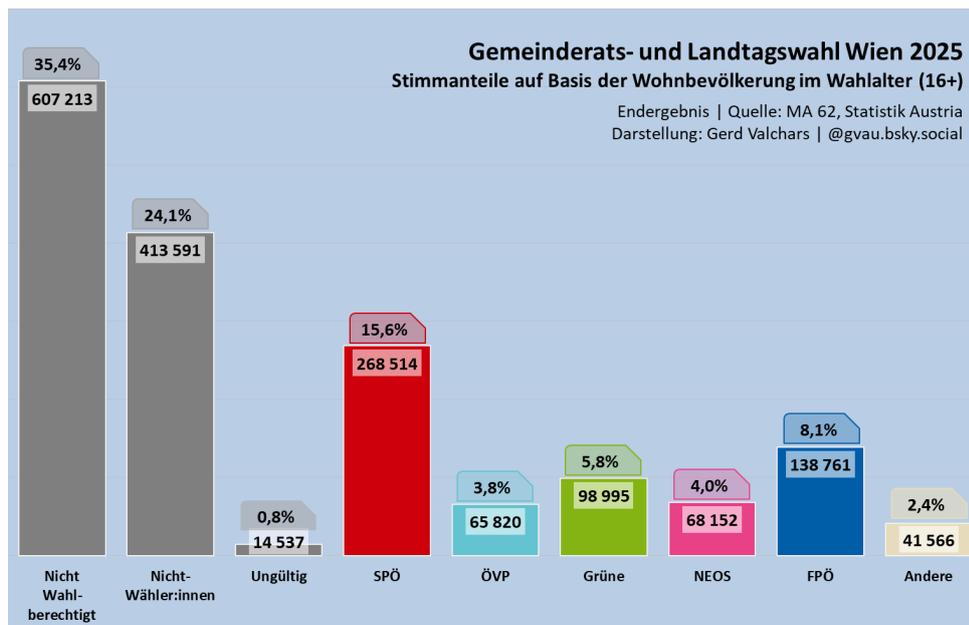


Abb. 1: Ergebnis der Wiener Gemeinderats- und Landtagswahl 2025; Stimmanteile auf Basis der Wiener Wohnbevölkerung im Wahlalter (16+)

Der Ausschluss vom Wahlrecht führt nicht nur dazu, dass einzelne, individuell Betroffene selbst stimmlos sind und politisch unberücksichtigt bleiben. Er führt auch dazu, dass ganze Bevölkerungsgruppen, Regionen und Stadtteile im politischen Geschehen unterrepräsentiert sind. Der Wahlrechtsausschluss durch die Staatsbürgerschaft verteilt sich stark unterschiedlich auf die Bevölkerung. Besonders betroffen sind zum Beispiel Jüngere, die städtische Bevölkerung, Menschen mit niedrigeren Einkommen, Arbeitnehmer:innen in bestimmten Branchen und Berufen oder generell Arbeiter:innen (Ehs/Zandonella 2024, Stögner/Kowall 2023, Valchars/Kohlenberger 2021). All diese Bevölkerungsgruppen sind politisch unterrepräsentiert, haben weniger Gewicht und damit auch weniger politische Macht und weniger Einfluss auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, die gemeinsamen Entscheidungen und das politische Geschehen insgesamt. Die Demokratie ist in Schieflage geraten; sie ist kein Abbild der Gesellschaft mehr, sondern ein stark verzerrtes Spiegelbild.

Die österreichische Bevölkerung ist eine wachsende, die Gesellschaft eine mobile geworden; die demokratische Infrastruktur muss an diese sich verändernde Gesellschaft angepasst werden. Eine Lösung für dieses stetig wachsende demokratiepolitische Problem bietet eine umfassende Reform des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts (insbesondere: ergänzende Einführung des Geburtslandprinzips, Senkung der ausschließenden Einbürgerungskriterien – Aufenthaltsdauer, Einkommen, Unbescholtenheit, keine Erhöhung der Deutschkenntnisse, drastische Senkung der Verleihgebühren, Akzeptanz von Doppelstaatsbürgerschaft auch bei Einbürgerung) und die Einführung eines (kommunalen) Wahlrechts für Nicht-Staatsbürger:innen (Valchars/Bauböck 2021).

## Literatur:

- Ehs, Tamara/Zandonella, Martina (2024): Mehr Zusammenbringen. Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien. In: Haas, Malena/Moussa Lipp, Sina/Verlic, Mara (Hg.): Stadtpunkte Band 4, Arbeiterkammer, Wien.
- Rosenberger, Sieglinde (2017). Inklusiv Demokratie. Politische, soziale und religiöse Rechte von Nicht-StaatsbürgerInnen. In: Helms, Ludger/Wineroither, David M. (Hg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich. 2. Auflage. Nomos, Baden-Baden. S. 479-502.
- Solano, Giacomo/Huddlestone, Thomas (2022). Migrant Integration Policy Index 2020, Update 2022, <https://www.mipex.eu/>, [12.05.2025].
- SOS Mitmensch (2024). Wahlausschlussprognose 2064. Entwicklung des Anteils der österreichischen Bevölkerung im Wahlalter ohne Wahlrecht in fünf Szenarien, [https://www.sosmitmensch.at/dl/noNNJKJkNnKJqx4KJK/WahlausschlussPrognose2064\\_SOSMitmensch\\_29August2024\\_\\_pdf](https://www.sosmitmensch.at/dl/noNNJKJkNnKJqx4KJK/WahlausschlussPrognose2064_SOSMitmensch_29August2024__pdf), [12.05.2025].
- Stögner, Diana/Kowall, Nikolaus (2023). Wahlrecht und soziale Schicht: Wie die Position auf dem Arbeitsmarkt über das Wahlrecht entscheidet, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49, 4, S. 49-64.
- Valchars, Gerd/Bauböck, Rainer (2021). Migration und Staatsbürgerschaft. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.
- Valchars, Gerd/Kohlenberger, Judith (2021): Vom Bildungs- zum Wahl(rechts)ausschluss: das Spannungsfeld Bildungsmobilität, demokratische Partizipation und Migration. In: Sandner, Günther/Ginner, Boris (Hg.): Emanzipatorische Bildung. Wege aus der sozialen Ungleichheit. Mandelbaum, Wien. S. 114-126.

---

*Martina Zandonella*

## **Warum ökonomische Ungleichheit der Demokratie schadet**

Fragen wir die Menschen, was Demokratie für sie ausmacht, stehen Gleichheit und Mitbestimmung ganz oben auf der Liste. Egal wer man ist, woher man kommt oder was man besitzt: Jeder Mensch ist gleich viel wert, hat eine Stimme und kann mit dieser die uns gemeinsam betreffenden Lebensumstände mitgestalten. Entlang dieses zentralen, mit der demokratischen Idee einhergehenden Versprechens sind zuletzt jedoch wieder zunehmend Schief lagen entstanden.

So hatte bei der Nationalratswahl 2024 ein Fünftel der Bevölkerung ab 16 Jahren aufgrund ihrer Staatsbürgerschaften keine Stimme, bei der Wiener Landtagswahl 2025 galt dies für mehr als jede dritte Person. Hervor sticht, dass dieser Ausschluss vom Wahlrecht über die Bevölkerung hinweg nicht gleich verteilt ist. In Wien betrifft er mit 60% allen voran Arbeiter:innen, auch österreichweit wird die politisch wirksamste Form der Mitbestimmung vor allem Berufsgruppen mit niedrigem Einkommen und geringer Anerkennung vorenthalten: 66% der Reinigungskräfte, 60% der Beschäftigten in Gastronomie und Tourismus oder auch 41% der Beschäftigten in der Nahrungsmittelherstellung sind nicht wahlberechtigt.

Klassenspezifisch verlaufen auch die Grenzen innerhalb der Berechtigten: An der Nationalratswahl 2024 nicht teilgenommen haben: 12% der Wahlberechtigten im oberen, jedoch 39% der Wahlberechtigten im unteren Einkommensdrittel. In dieser Gruppe untergraben zahlreiche Erfahrungen von Ausschluss – von ökonomischer Sicherheit, guter Arbeit und gesellschaftlicher Wertschätzung – das Vertrauen in das politische System und daran anschließend ihre Beteiligung. Derzeit denkt nur mehr rund ein Fünftel der Menschen des unteren Drittels, im Parlament gut vertreten zu sein und noch einmal weniger sind davon überzeugt, mit politischer

Beteiligung etwas bewirken zu können. Hierbei handelt es sich nicht „nur“ um subjektive Eindrücke: Die Forschung hat inzwischen mehrfach bestätigt, dass auch in Demokratien unseren Zuschnitts die Anliegen des unteren Drittels schlechter vertreten werden und weniger Chance auf Umsetzung haben.

Ökonomische Ungleichheit schadet also der Demokratie, weil sich kapitalistische Machtverhältnisse in politische übersetzen. Dies untergräbt die politische Gleichheit und entzieht dem unteren Drittel systematisch wirksame Mitbestimmung. Soll der Zweidrittel-demokratie Einhalt geboten werden, ist der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit und den damit einhergehenden Machtkonzentrationen entgegenzuwirken. Für die Menschen im unteren Drittel gilt es außerdem, in ihren Alltag eingebettete, positive Erfahrungen mit Demokratie und Beteiligung zu schaffen – in der Ausbildung, bei der Arbeit oder im Stadtteil bzw. der Gemeinde. Das politische System reagierte auf die bestehende Repräsentationslücke bislang vor allem mit der Schaffung von neuen, rechtlich meist unverbindlichen Beteiligungsangeboten. Dies ist zu begrüßen, vergrößert jedoch häufig den Beteiligungsspalt, da vor allem jene Bürger:innen mitmachen, die bereits politisch aktiv und Teil des mittleren bzw. oberen Einkommensdrittels sind. Ein Mehr an Beteiligungsangeboten ist daher auch kein Ersatz für Beteiligungsrechte und auch keine Alternative zu klassengerechten repräsentativen Strukturen.

#### **Literatur**

Donnelly, Michael / Lefkofridi, Zoe (2014): Economic and political inequality in modern democracies: Differential responsiveness to the policy preferences of economic classes. EUI Working Papers MWP Red Number Series 2044/13.

Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2024): Mehr Zusammenbringen. Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien. In: Haas, Malena / Moussa Lipp, Sina / Verlic, Mara (Hrsg.innen): Stadtpunkte Band 4, Wien: Arbeiterkammer.

Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2017): Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161-180.

Zandonella, Martina (2018 bis 2024): Demokratie Monitor. Wien: FORESIGHT.

#### **Datenquellen**

AMIS Arbeitsmarktinformationssystem Datenbank des BMAW (Zugriff April 2025).

Statistik des Bevölkerungsstandes und Abgestimmte Erwerbsstatistik der STATISTIK AUSTRIA (Zugriff April 2025).

## Über die Expert\*innen

[Gerd Valchars](#), Politikwissenschaftler in Wien, lehrt seit 2004 u.a. an der Universität Wien und forscht zu Fragen von Inklusion und Exklusion, Staatsbürgerschaft und Wahlrecht; seit 2012 Länderexperte Österreich des Global Citizenship Observatory (GLOBALCIT) am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz.

Email: [gerd.valchars@univie.ac.at](mailto:gerd.valchars@univie.ac.at)

[Martina Zandonella](#) ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener FORESIGHT-Institut und forscht zu Demokratie, Bildung und Arbeit im Kontext von sozialer Ungleichheit.

Email: [mz@foresight.at](mailto:mz@foresight.at)

## Kontakt für Rückfragen

### **Alexander Behr**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

T: +43 650 34 38 37 8

E: [alexander.behr@univie.ac.at](mailto:alexander.behr@univie.ac.at)

### **Cosima Danzl**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

T: +43 660 721 83 75

E: [danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

## Über Diskurs

***Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*** ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler\*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>